

Dr. Matjchek freigeprochen

Belgrad, 14. Juni.

Am Sonnabend um 16 Uhr wurde im Prozeß gegen Dr. Matjchek und Konjonten das Urteil verkündet. Der Saal war dicht gefüllt. Sämtliche Angeklagte und Verteidiger waren anwesend mit Ausnahme des erkrankten Dr. Trumbitisch. Der Präsident des Staatsgerichtshofes, Dr. Subotisch, verlas folgenden Urteil:

Von den 24 Angeklagten werden 14 verurteilt und zehn freigeprochen, darunter Dr. Matjchek, Oberleutnant Beglisch und Dr. Vebowitz. Ueber die 14 Verurteilten wurden Strafen von sechs Monaten Arrest bis zu 15 Jahren Zuchthaus verhängt.

Kann sie nicht alles zu gleicher Zeit. Wieder nicht recht. Jetzt soll die Regierung auf einmal erst verhandeln, besprechen. Das besonders betroffene Volksgruppen sich die Vorherrschaft der Regierung befehlen, dazu Stellung nehmen, ist selbstverständlich. Das aber beispielsweise Vertreter von Festbesoldeten der Regierung übernehmen, daß sie nicht wochenlang verhandelt hat, daß man ihr „diktatorisches“ Verhalten vorwirft, das gehört zu den Undegreiflichkeiten der politischen Psychologie unserer Tage. Worin besteht das „Diktat“ der Reichsregierung? Daß sie dem Reichstag ein Programm vorlegt, das von ihr selber stammt. Wollen wir noch regiert sein oder nicht? Können wir noch regiert werden? Nach manchen Auslassungen, die wir in der demokratisch gerichteten Presse finden, müssen wir uns fragen, ob auch die politische Demokratie noch Sinn für das Regieren hat. Jedenfalls, das eine ist klar: Wer einer in schwerster Zeit handelnden Regierung in den Rücken fällt, sie hindert und ihre Autorität untergräbt, der öffnet, bewußt oder unbewußt, der Diktatur die Gasse.

Zeit genug, über den Kreis der zum Notopfer Heranzuziehenden, über Höhe, Staffelung und Dauer sich zu ergehen und nach veredelten Formen zu suchen, die dennoch den beabsichtigten Zweck sicherstellen. Was uns in diesen Tagen geradezu erschreckt, das ist die gewisse Gefühllosigkeit gegenüber dem Schicksal von Millionen unserer Volksgenossen. So sehr verdelbt man sich in den Vergleichen über die Höhe des zugemuteten Notopferbeitrags und in die Vergleiche mit anderen Volksgruppen hin und her, daß diejenigen, die seit vielen Monaten verzweifelt um Hilfe halten, nach einem noch so beschwerlichen Arbeitsplätzen und Einkommen, mit jähem Entsetzen anfangen zu begreifen, wie weit wir auseinandergeraten sind, wie wenig „Volk“ wir sind.

Es ist an der Zeit, es laut ins Land zu rufen: Schluß mit dieser Art Diskussion über Notopfer, die vor dem Angesicht vorhandener Volksnot nicht mehr begriffen werden kann! Haben wir noch eine Ahnung, wie es in Hunderttausenden von Familien aussieht? Welches Maß von Bitterkeit da Einzug gehalten! Welche seelischen Verheerungen die lange Dauer der Wirtschaftskrise angeht hat! Auch diese Leute vergleichen ihre nicht endenwollende Unsicherheit der Existenz mit der Sicherheit anderer. Sie, die sich „wohlerworbener Rechte“ freuen können, sollen sie unangestastet wahren. Was man aber nicht ihnen mit Recht verlangen kann, ist, daß sie in der Erörterung des von der Regierung geforderten Opferbeitrags keine Worte wählen, die wirklich Kollektende beleidigen und aufpeitschen müssen. Noch einmal: man mag prüfen und überprüfen, aber das tiefe und entscheidende „Ja“ zum Opfergedanken selber muß man heraus hören, damit diejenigen noch glauben und hoffen können, die das Schicksal niedergeworfen hat. Wieder haben die Volksgruppen, die in geheimer Lebensstellung sind, eine große Stunde, in der sie im Gesamtvolle neuen Boden gewinnen, oder — verlieren können.

Wir vergleichen mit großer Genugtuung, daß das Beispiel des katholischen Klerus einzelner Teianate in den westlichen Ländern allgemeinere Form angenommen hat. Der Herr Kardinal-Erzbischof von Köln richtet eben durch die Herren Dekane an den Klerus der Erzdiözese einen Aufruf, in dem er dem Klerus nahelegt, trotz der vielen Schwierigkeiten von ihm gebrachten Opfer in Anbetracht der außerordentlich schweren Notlage weiterer Volkskreise in besonderer Weise zur Linderung der Not beizutragen und durch ein freiwilliges Notopfer zur Behebung der gegenwärtigen Schwierigkeiten beizusteuern. In manchen Teianaten ist eine freiwillige Abgabe vom Einkommen beschlossen worden. Wir hören auch, daß namentlich im Industriegebiet da und dort am Schluß der heiligen Messe ein besonderes Gebeten im Gebete angefügt wird, damit den Familien, die von harter, langandauernder Arbeitslosigkeit heimgeschickt sind, Trost und Hilfe, Vertrauen und Festigkeit werde, und die Herzen der Gläubigen sich öffnen mögen für die Notlage ihrer Brüder. Die Kirche wirkt ganz nahe an das Herz des Volkes. Die Seelsorger stehen mitten in den Nöten der Zeit und wollen sie mittragen.

Von solchem Geiste versprechen wir uns eine Wirkung auf diejenigen, denen auf absehbare Zeit noch keine entscheidende Hilfe werden kann. Dieser Geist muß sich verpflanzen auf die Volksgruppen, die sich heute mit dem Regierungsprogramm auseinandersetzen. Er muß die Worte der Verbandsführer färben und die große sittliche Gemeinschaftspflicht vor Verwilderung im Kampfe der Interessen bewahren. Schließlich muß man in diesen Tagen sehen, daß der katholische Volksteil, in welcher Volksschicht er immer dargestellt sein mag, ein Beispiel zu sehen vermag, an dem sich andere aufrichten können.

Wir wissen nur zu gut, daß uns in diesem Verhalten diejenigen nicht folgen werden, die in diesen unruhigen Tagen nichts Besseres zu tun wissen, als den Mißständen aufgeregter und verärgelter Leute nachzugehen, um aus Verwirrung Verwirrung zu machen. Es sind Politiker, die mehr auf Gruppe oder Partei, als auf Staat und Volk sehen. Es sind Literaten, denen die gegenwärtige Atmosphäre geeignet erscheint zu neuer Ausart ihrer volkreisenden Ideen. Sie wägen und händeln über die Reichsregierung. Sie überschlagen sich in hinterlistigen Schreien. Sie machen in unechter Volkentreue den Reichskanzler Brüning zu einem Feind. Es ist so schamlos, so feil, so unnational. Sein schwerelames Handeln ist ihnen ein Vergnügen. Nie ist in Politik Jahrmarktstrabel. Da muß „was los“ sein. Da muß man

Schlechte Lage der Reichsbahn

Tarifierhöhung im September?

Vom 12. bis 14. Juni 1930 hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft seine erste Tagung in seiner neuen Besetzung nach Inkrafttreten des auf Grund des „Neuen Planes“ geänderten Reichsbahngesetzes ab. An der Sitzung nahm nach der neuen Gesetzesbestimmung als ständiger Vertreter der Reichsregierung der Ministerialdirektor im Reichsverkehrsministerium Vogel teil. Zu seinem ständigen Stellvertreter ist der Ministerialdirektor im Reichsministerium der Finanzen Graf Schöner von Krozig ernannt worden. An Stelle der vier ausgeschiedenen ausländischen Mitglieder sind die Herren Dr. Grund, Dr. Hagedornberger und Kallier getreten. Der vierte Vertreter ist noch nicht ernannt. Zum 2. Vizepräsidenten wurde an der Stelle des ausgeschiedenen Herrn Marzgot Dr. von Batocki gewählt.

Der Verwaltungsrat stand vor schwierigen Finanzberatungen. Von Januar bis Mai 1930 sind die Betriebseinnahmen um über 260 Millionen Reichsmark hinter den vergleichbaren Einnahmen des Vorjahres zurückgeblieben. Mitte Februar, als dieser Rückgang sich auf etwa 60 Millionen RM. belieferte, mußte auf Grund der Gesamtsituation die Reichsregierung der Antrag gestellt werden, der Reichsbahn durch Tarifserhöhungen eine Mehreinnahme von 150 Millionen RM. jährlich zu schaffen. Von diesem Antrag sind Tarifserhöhungen genehmigt worden, die für das Jahr 1930 lediglich eine Mehreinnahme von 47 Millionen Reichsmark ergeben werden.

Von einer neu zu beantragenden allgemeinen Erhöhung der Perzentaltaxe in geringem Ausmaß wird eine jährliche Mehreinnahme von etwa 45 Millionen RM. erwartet. Mit der Einführung dieser erhöhten Perzentaltaxe würde erst zum 1. September zu rechnen sein, so daß der Hauptteilverehr keine Belastung erfährt.

Die Frage einer Gütertarifierhöhung wurde auf die nächste Sitzung vertagt.

Auf allen Märkten aller Erdteile sinken die Preise. In Deutschland bemüht sich die Regierung, bemühen sich Arbeitnehmer und -geber gemeinsam darum, die Voraussetzungen für eine solche Preisfeste zu schaffen. Mit radikaler Sparsamkeit sollen die Kosten der öffentlichen Verwaltung gesenkt werden. Beamten und Angestellten soll durch ein Notopfer das sozio nicht allzu hohe Einkommen verhärt werden.

Über die Reichsbahn kündigt im gleichen Moment eine Erhöhung der Tarife für September an. Die Reichsbahn ist also offensichtlich das einzige Institut, das dem Gesetz von Angebot und Nachfrage nicht unterliegt und sich um die sinkende Bewegung der Preise nicht zu kümmern braucht...

Die Ausgaben-Senkung

Berlin, 16. Juni.

Die vom Reichskabinett vorbereiteten Gesetze der Ersparnismaßnahmen im Verwaltungsbereich und über die Ausgabenbesenkung sehen, wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, folgende Maßnahmen vor: 1. Eine fünfjährige Sperre für die Einstellung neuer Beamten; 2. den Abbau und die allmählich vollkommene Beseitigung der jetzt bestehenden örtlichen Sonderzuschläge; 3. die Beschränkung des Urlaubs; 4. Entlassung weiblicher Beamten im Falle der Eheschließung; 5. Nichtanzrechnung der im Wartestand verbleibenden Dienstzeit auf die Bemessung des Ruhegehältes; 6. Devaufassung der Altersgrenze von 65 auf 68 Jahre, wobei es der obersten Behörde allerdings überlassen bleibt, in Einzelfällen Beamte auch schon im 65. Lebensjahr in den Ruhestand zu versetzen; 7. eine allgemeine Pensionshürde, wobei auch zum Teil der Witwenrentenanspruch nach beschränkt, zum Teil völlig beseitigt werden soll für den Fall eigenen Dienstverdienstes oder Ruhegehältes; 8. eine allgemeine Besoldungssperre für Reichs-, Länder- und Gemeindebeamte und das Recht des Reichsfinanzministers, die

abends im Dunkeln irgend wem sich lustig machen und wickern können. Dieser Weltbühnenakt wuchert heute in unsere öffentliche Presse hinein. Wohin kann das führen? Wollen wir aufbau oder Auflösung? Wollen wir Staat mit sittlichem Zweck, Bildung und Entfaltung von gesundem Volk? Oder kommt es nur darauf an, die Geräusche der Straße zu erkalten und nicht darnach zu fragen, was Morgen sein mag? Die Luft um uns her hängt an ledig zu werden. Darum sind die Tage doppelt verantwortungsvoll.

Wir bedürfen jedenfalls einer Zentrumsparlei, die genau weiß, wo wir stehen und welcher Art die Gefahr ist, der wir zur Stunde unterliegen. Wir können nicht gehen und treiben lassen. Wir wollen Volk und Staat. Darum sind unsere Gedanken in diesen Tagen andere, als wir sie bei denen spüren, die in einer dunklen Verwirrung noch irgend etwas anderem hindrängen, von dessen Gestalt sie nichts wissen. Wenn Regierungsparteien sich lodern, so muß sich die Regierung festigen! Wer demokratisches Volksteben erhalten will, der sei überzeugt, daß Demokratie heute leichter geführt werden kann, als mancher ahnt, dann nämlich, wenn sie in großen Augenblicken der Volksnot verlagert.

Wir haben das Vertrauen zu unserer Reichsregierung, daß sie aus einer großen sittlichen Verantwortung heraus ihre Aufgabe sieht. Es ist unsere Sache, sie zu unterstützen und zu stützen.

Berwegener Bankeinbruch in Lodz

Warschau, 16. Juni. In der Lodzger Handelsbank wurde gestern ein sensationeller Teiosereinbruch verübt. Als gestern abend einer der Direktoren der Bank ins Büro ging, um sich einige schriftliche Nachhause zu nehmen, merkte er, daß das Schloß der Stahltür, die zur Vanzersammer führt, beschädigt war. Die Tür war jedoch zugeschlössen und widerstand allen Bemühungen, sie zu öffnen. Wie sich dann herausstellte, sind sowohl der Tresor als auch die verschiedenen Handkassen im Laufe des gestrigen Sonntags von vermutlich sechs Banditen ausgeplündert worden. Ein Direktor der Bank und zwei Diener, die die Einbrecher bei ihrer Beschäftigung fürten, wurden von den Einbrechern in den Tresor geschleppt und dort eingeschlossen. Man fürchtet, daß die Einschlossenen an Luftmangel erstickten werden, wenn es nicht bald gelingt, die Panzertür zu öffnen. Man hat telegraphisch Nachhause nach Lodz beordert,

Besoldungsverhältnisse der Gemeindebeamten nachzuprüfen; 9. in der Mehrzahl der Fälle, die durch das Gesetz neu geregelt werden, also in den Fragen der Pensionberechnung usw., Ausschluß des Rechtsweges.

Diese Meldung der „Vossischen Zeitung“ geht über das hinaus, was hinsichtlich der Sparpläne der Reichsregierung bislang bekannt geworden ist. Offensichtlich ist die ganze Mittelung der „Vossischen Zeitung“ dazu bestimmt, gegen die Pläne der Regierung Stimmung zu machen. Bekanntlich läuft die „Vossische Zeitung“ seit Wochen gegen die Besoldungspläne des Kabinetts Brüning Sturm. Man wird die Veröffentlichung der Sparpläne der Regierung abwarten müssen, ehe man zu der Gesamtheit dieser Fragen Stellung nimmt.

Neue Proteste

Berlin, 16. Juni.

Der Deutsche Beamtenbund hat am Sonntag im Berliner Sportpalast eine Protestversammlung veranstaltet, die sich gegen das Finanzprogramm der Reichsregierung richtet. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der gegen die Pläne der Reichsregierung scharfer Protest erhoben wird. Es sei darin eine ungeheure wirtschaftliche und rechtliche Schädigung der Beamtenschaft zu erblicken, zum Teil ernstlich unter Umgehung der Befassung. Die Versammelten erklärten sich nach wie vor bereit, gemeinsam mit allen leistungsfähigen Volksschichten nach Maßgabe ihres wirtschaftlichen Vermögens zur Befundung der Finanz- und Wirtschaftslage des Reiches beizutragen. Sie müßten aber eine aus ausenbüchlicher Verleumdung entstandene Sonderbelastung der Beamtenschaft ablehnen.

Leipzig, 16. Juni.

Die ärztlichen Eigenorganisationen, Deutscher Ärzteverein und Verband der Ärzte Deutschlands (Hartmannsbund), haben gemeinsam einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt:

Nach Zeitungsmitteilungen hat das Kabinett scharfe Eingriffe in die Krankenversicherung beschlossen. Durch die Festsetzung von drei Wartetagen für den Bezug von Krankengeld, durch Einführung einer Krankenkassengebühr und durch eine stärkere Beteiligung an den Arzneikosten wird das Auffinden ärztlicher Hilfe so unerschwinglich erschwert, daß schon durch diese Maßnahmen mit einer Zurückdrängung der Krankenkassenbehandlung um 20 v. H. der Krankheitsfälle gerechnet wird. Der vom Kabinett vorgesehene Abbau der Kassenärzte vermindert die Arbeitslosigkeit in der Ärzteschaft, läßt den ärztlichen Nachwuchs der Bevölkerung preis und führt zu einer Überbelastung der für die Kranken tätigen Ärzteschaft.

Diese weit über das Ziel hinausgehenden Maßnahmen bedeuten eine verhängnisvolle Einschränkung der wichtigsten Leistung, nämlich der Krankenbehandlung, und führen damit zu einer völligen Entwertung der besonders heute unentbehrlichen Krankenkassenversicherung. Die ärztlichen Selbstverbände erheben schärfsten Einspruch gegen die Verletzung der Rechte der Versicherten und der Ärzte. Auch die Ärzte sind mit Rücksicht auf die allgemeine Lage zu Opfern bereit, lehnen es aber ab, ein Notopfer von 20 v. H. ihrer Einkünfte zu bringen. Die Ärzteschaft lehnt sowohl für die Versicherten wie für sich zur Befestigung eines gesundheitlichen Fortschrittes eine Dauerbelastung von unerschwinglicher Höhe ab.

Vor der entscheidenden Reichstagsberatung

Berlin, 16. Juni. Die Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages, der heute als Auftakt zu dem eigentlichen Tagungsabschnitt eintrifft, wurde aus dem Etat des Reichsfinanzministeriums herausgelöst, wobei eine ausführliche Rede des Reichsfinanzministers über seine Finanzpläne erwartet wurde, wurde auf Wunsch des Reichsfinanzministers abgelehnt. In parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß diese Vertagung deshalb erfolgt ist, weil die inoffiziellen Verhandlungen der Regierung mit den Parteien noch kein klares Bild über die Haltung der Regierungsparteien ergeben haben.

um den Tresor so rasch als möglich zu öffnen. Von den Verbrechern fehlt vorläufig jede Spur. Man vermutet, daß den Bankräubern Geldbeträge im Werte von ungefähr 200 000 Zloti in die Hände gefallen sind.

Explosionskatastrophe in China

New York, 16. Juni. „Associated Press“ berichtet aus Peking auf Grund verspäteter chinesischer Pressenmeldungen über eine Explosion des Munitionslagers in Chechow (Provinz Hunan) am 10. Juni: Bei der Katastrophe fanden 100 Personen den Tod, 300 wurden verletzt, der Sachschaden ist bedeutend.

Großfeuer in einer ostpreussischen Kleinstadt

Wartenberg (Ostpreußen), 16. Juni. In dem auf dem Wehrhah gelegenen Hotel „Deutsches Haus“ brach gestern nachmittags ein Feuer aus, das mit großer Schnelligkeit und in wenigen Augenblicken die drei Gebäude des Grundstückes in Flammen leckte. Wahrscheinlich infolge des Blitzes brach in einem Gebäude auf dem Markt ein zweiter Brand aus, der sich ungehindert ausbreitete und auch ein weiteres Nebengebäude ergriff. Durch das Eingreifen der zur Hilfeleistung herbeigerufenen Allensteiner Feuerwehr konnte ein weiteres Ausbreiten des Feuers verhindert werden. Dem Brande sind die Hotelgebäude und zwei weitere Häuser zum Opfer gefallen. Der Sachschaden wird auf etwa 200 000 Mark geschätzt.

Die mondchinesische Regierung hat der Hanhkingregierung bekanntgegeben, daß sie mobilisiere, um die Hanhkingregierung im Kriege gegen die nördlichen Hebeln zu unterstützen. Sollte sich diese Nachricht bestätigen, so könne der Krieg als so gut wie beendet angesehen werden.

General Tamm, der amerikanische Volkshüter in London, soll seinen Posten aufgeben, um die Säuberung Chicagos von Verbrecherelementen zu übernehmen. Chicago beherbergt bekanntlich 10 000 bekannte Verbrecher.

Witterungsbericht der Dresdner Welterwartung

Witterungsaussichten. Anfangs noch zeitweise aufreißende Winde aus östlichen Richtungen. Bewölkungsrückgang, nach etwas kühlerem Nord am Tage stärkere Erwärmung. Anfangs Gewitterneigung.

Sächsisch

Der

D.R.A.

T.R. D. mit einer knappen konnte nicht Schlußreden auch ein Tor Elfmeterball der Liner einschloß versuchten durch ändern. Der T. gleich, indem er rollen läßt. Er Sieg Baron u. verständlich nach das Spiel nicht Spiel der Bro. zwei T.R. der Lorenz; H. P. Schmidtfeindner.

D.R.A.

Das zweite schloß dieser Klatsch als würde die doch kurz vor geht. In den Spiel und konn wurden meist da

D.R.A. 2. 2. gegen D.R.A. Mitte 1930. 3. 3.

St

Im Gau Wochenendes n. langte in Dr. W. u. S. 2. 2. endete. In den heiderischen Fußballspiel des abendnachmittags Mannschaften zu se. Sport zu herein die größte gefestigte Vertrieben führten die Halbspiel wurde. ner. Trotz eifrig zu heimen weil zeitig das Schp

Die Sp. ein Abhängiges den während die am Sonntag schloß hatte die Spiel eingeladen gleichwertiges durchzuführen. zur Pause die der zweiten S. etwas besser 6:2 für die Sportfreunde (nach Verl.) Dresden 1:0.

Im Gau am Sonnabend Spiel. Eine hatte sich die Das Spiel war gelüht, doch nicht lautete sich siebringend ausung Leipzig unentschieden Olympia-Ober zuertigen. — rundenpiels Spielverbot ist

Roger C. schloßen im W. allen Oratorio. Weister Sturm trennten sich Sonntag brach Freußen Gy. Stollberg geg. Postspiel-Ein. Chemnitz 5:2.

Im Gau nur ein erst. hatte sich die tet, der erwa

Das Fuß war diesmal schlug der Sp. Plauen 6:4. 2:5, ebenso Plauen, dem n. h. unterla Plauen nur h

Der Ga Sonntag nur Gaumeister. Jüttauer 2. während B.H.